

haltung hinsichtlich eines robusten sicherheitspolitischen Engagements einerseits bis in die Gegenwart fortgesetzt hat. Andererseits stellt die Bundesrepublik überdurchschnittlich viel Personal in militärischen Missionen und investiert mehr als viele andere EU-Staaten in europäische Entwicklungspolitik (S. 147 – 150). Insofern ist Deutschland als eine der treibenden Kräfte zu sehen, die den Charakter der EU als Zivilmacht prägen, wie *Hanns Maull* ausführt. Diese These ist allerdings *Maulls* im Buch abgedruckten Text zur „EU als globaler Zivilmacht“ (S. 200 – 220) nur implizit zu entnehmen – Deutschland kommt darin nur ganz am Rande vor.

Instruktiver für das Thema des Bandes sind drei Beiträge, in denen das Verhältnis der Bundesrepublik zu den wichtigen außenpolitischen Partnern Frankreich (*William Chandler*), USA (*James Sperling*) und Großbritannien (*Alister Miskimmon* und *John Roper*) untersucht wird. Die deutsch-französischen Beziehungen werden dabei unter dem Fokus des Verhältnisses von *Angela Merkel* und *Nicolas Sarkozy* abgehandelt. Die Darstellung *Chandlers* erweist sich als differenziert und reichhaltig. Dennoch kann angezweifelt werden, ob die Konzentration auf Kanzlerin und Präsident den vielschichtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in vollem Umfang gerecht wird. Im Verhältnis zu den USA verwendet *James Sperling* die Gulliver-Metapher, um das Missverhältnis zwischen starker ökonomischer und geringer politischer Macht der Bundesrepublik zu charakterisieren (S. 182). *Sperlings* Diagnose widerspricht der pessimistischen Linie der Deutschlandforschung, insofern Deutschland als „entfesselter“ Gulliver angesehen wird, der sich von amerikanischem Einfluss weitgehend emanzipiert hat (S. 186).

Insgesamt präsentieren *Bulmer, Jeffery* und *Padgett* eine Reihe lesenswerter Analysen der deutschen Politik gut zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer. Die Einbindung der Bundesrepublik in europäische Strukturen wird ihrerseits kontextualisiert und damit um eine internationale Komponente angereichert, die den Blick wohltuend weitet.

Timm Beichelt

Frankreichs Geschichte: Nutzen der Vergangenheit gelungen diskutiert

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2010. Frankreichs Geschichte: Vom (politischen) Nutzen der Vergangenheit, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011, 296 Seiten, € 39,95.

Seit 1988 wird jährlich vom Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg das Frankreich Jahrbuch ediert. Die mittlerweile 23 Bände bieten allen am Nachbarland Interessierten vorzügliche Einblicke in aktuelle politische Entwicklungen, in wirtschaftliche sowie soziale Problemfelder sowie in zahlreiche kulturelle Bereiche. Umrahmt werden die Schwerpunktbeiträge von einer bestens recherchierten Dokumentation über gesellschaftliche und sozio-ökonomische Basisdaten, einer Chronik mit den wichtigsten Begebenheiten im Berichtszeitraum, Wahlergebnissen sowie – im Falle einer Kabinettsbildung – Angaben zur Zusammensetzung der neuen Regierung. Hinzu kommt jeweils eine umfangreiche, klar nach Themenfeldern gegliederte deutschsprachige Literaturübersicht zu Frankreich. Kurz: Die Jahrbücher zählen zum unverzichtbaren „Handwerkszeug“ für Frankreichforscher, aber

auch für alle, die sich über grundlegende Entwicklungen jenseits des Rheins informieren wollen.

Der diesjährige Sammelband enthält die Tagungsberichte über das Schwerpunktthema „Frankreichs Geschichte: Vom (politischen) Nutzen der Vergangenheit“, das vor dem Hintergrund der von Staatspräsident *Nicolas Sarkozy* angestoßenen Identitätsdebatte – mittlerweile wieder stillschweigend eingemottet – von hoher Aktualität und Brisanz war. „Nicht erst seit [Sarkozys] Wahl zum Staatspräsidenten lässt sich die Tendenz beobachten, dass geschichtliche Ereignisse zum Gegenstand der Politik werden, und dass der Umgang mit der eigenen Geschichte Kernprobleme der eigenen Identität und Werte berührt,“ so die Herausgeber. Veranstaltet wurde die Tagung gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Institut Paris.

Eingeleitet wird der Band, neben dem Editorial der Herausgeber, durch *Blandine Kriegels* Vortrag „Geschichte und Politik im französischen Staatsrecht“. Die Pariser Rechtshistorikerin geht der Frage nach, auf welchen historischen und philosophischen Fundamenten „die Republik“ in Frankreich ruht. Dabei beleuchtet sie ausführlich – neben Rekursen auf europäische Denker der (frühen) Neuzeit – den Einfluss, den die Entstehung der Republik der Vereinigten Niederlande im 17. Jahrhundert auf die Diskussion in Frankreich gehabt hat. „Die erste moderne Republik, die auf der Ebene eines Staates (...) eingerichtet wurde, war die Republik der Vereinigten Provinzen (...). Sie kam demnach deutlich früher zustande als die französische Republik des Jahres 1792“ (S. 32). An anderer Stelle merkt sie an: „Aus der Begründung der Republik durch die Generalstände im Jahr 1789 hat Frankreich seine Gewissheit geschöpft, in einem bestimmten historischen Moment zu einer Nation geworden zu sein, die einfach einen Vorsprung gegenüber anderen Nationen besitzt – die *grande nation* – die sich einen Schritt weiter wähnt als die Schauplätze von Tyrannie und Despotentum“ (S. 26). *Kriegel* spricht aber auch die Gefahren an, die sich aus einer Verabsolutierung des Begriffes Nation ergeben können und im Nationalismus enden. Sie weist vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise und den Turbulenzen um die Rettung des Euro auf aktuelle Entwicklungen hin, die sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ein „*repli sur soi*“ empfehlen, ein „nur noch auf sich selbst verlassen“ (S. 38). Diesen Tendenzen stellt sie den Wert des europäischen Einigungswerks gegenüber: „Die Europäische Union steht (...) für die Vertretung und die Verteidigung des Ideals der Universalität, der Republik (...). Und das bedeutet die Gestaltung und Regulierung des Zusammenlebens der Völker mit Hilfe der Instrumente des Rechts (...). Damit Europa weiterhin seinen universellen Diskurs, ausgehend von seinen Idealen, pflegen kann, brauchen wir die vereinte Wirkung der Republik, der Aufklärung und die Vielfalt aus der Zeit der Romantik“ (S. 39). Offen bleibt die Frage, wie sie die parlamentarischen Monarchien, die wesentlichen Anteil am europäischen Einigungswerk haben, gewichtet.

Nicolas Offenstadt, Historiker an der Universität Paris I Panthéon-Sorbonne, setzt sich in seinem Beitrag „Brauchen wir ein ‚Haus der Geschichte Frankreichs? – Oder die Rückkehr der nationalen Meistererzählung“ mit *Sarkozys* Vorschlag auseinander, ein Französisches Historisches Museum im Herzen von Paris, auf dem Gelände des Nationalarchivs, zu realisieren. Für *Offenstadt* ist ebenso wie für zahlreiche seiner Historikerkollegen dieser Wunsch des Staatspräsidenten „eine neue Episode in der bewussten und reaktionären Rückwendung zum Nationalen, gegen jede fragmentierte Version des Vergangenen, gegen jede Reue“ (S. 62). Folglich lehnt er *Sarkozys* Vorschlag ab, da er seine Instrumentalisierung durch die gegenwärtige bürgerliche Regierung befürchtet. Der Staatschef rufe „ohne Ende die ‚natio-

nale Identität' [an]“ und setze „den Verlauf der Geschichte Frankreichs in Szene“ (S. 72). Der Leser fühlt sich an die kontroverse Diskussion in Deutschland erinnert, als Bundeskanzler *Helmut Kohl* die Gründung eines Deutschen Historischen Museums (DHM) empfahl. Auch damals wurde von Kritikern die Gefahr einer einseitigen Interpretation und Darstellung der deutschen Geschichte beschworen. Fast zehn Jahre nach seiner Eröffnung im ehemaligen Zeughaus Unter den Linden in Berlin ist die Kritik nicht nur abgeebbt, sondern vor dem Hintergrund der überaus ausgewogenen und umfassenden Präsentation der deutschen Geschichte völlig verschwunden. Richtungsübergreifend wird dem DHM, übrigens ebenso wie dem Bonner Museum der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, bescheinigt, wie sehr es ihm gelungen ist, Geschichte insbesondere jüngeren Generationen zu vermitteln. Insofern könnten sich auch *Offenstads* Befürchtungen erübrigen, wenn das „Haus“ schließlich von *Sarkozys* Nachfolgerin oder Nachfolger eröffnet wird.

Auch *Kolja Lindner* vom Berliner Centre Marc Bloch stellt sich gegen *Sarkozys* Vorhaben. Sie vermisst in ihrem Beitrag („*Sarkozystische Geschichtspolitik zwischen ideologischer Anrufung und gesellschaftlicher Modernisierung*“) eine Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit. Zwar gestehe der Staatspräsident „Verbrechen“ und „Ungerechtigkeiten“ durch die Kolonialmacht ein. Gleichzeitig hebe er aber hervor, „welchen vermeintlichen positiven Einfluss die Kolonialisierung gehabt habe“ (S. 107). Für *Lindner*, so ihre „Conclusio“, kann der *Sarkozysmus* als „autoritär-populistisch“ gelten, weil verschiedene und widersprüchliche Diskurse (...) in einem einheitlichen ideologischen Diskurs zusammengeführt werden“ (S. 117). Ähnlich kritisch behandeln *Hartmut Stenzel* und *Dirk Petter* in ihren Vorträgen den ideologisch überhöhten geschichtspolitischen Anspruch der gegenwärtigen Regierung sowie die konkreten Bedingungen und Bedürfnisse einer sich wandelnden Gesellschaft.

Stenzel prangert die „Banalisierung des historischen Gedächtnisses in der aktuellen Debatte in Frankreich“ an, indem er sich höchst kritisch mit Äußerungen des Staatspräsidenten und seines Premierministers zum Thema nationale Identität auseinandersetzt. Beiden wirft er unter anderem vor, ihre Reden enthielten „mitunter rassistische Züge“ und seien „vor allem gegen die gegenwärtige multikulturelle Gesellschaft gerichtet“ (S. 85). Man kann dies so interpretieren, muss es aber nicht. *Petter* wiederum wendet sich gegen „Bilder, welche die Kolonialzeit als glanzvolles Kapitel französischer Weltgeltung“ deuten. Sie schufen, so der Autor, „den Nährboden postkolonialer Nostalgien“, die die Verabschiedung des Erinnerungsgesetzes im Februar 2005 ermöglichten, in dem die „positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee“ festgeschrieben wurde (S. 100). Der Inhalt dieses Gesetzes sollte auch in die Lehrpläne für den Geschichtsunterricht einfließen; dies scheiterte jedoch nach einer Intervention des damaligen Staatspräsidenten *Jacques Chirac*, woraufhin die Formulierung „positive Rolle“ gestrichen wurde.

Unter der Rubrik „Beiträge“ widmen sich *Sven Bernhard Gareis* und *Nina Leonhard* von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg der „deutsch-französischen Militärkooperation“.¹ Neben einer Betrachtung der gegenwärtigen Formen der beiderseitigen Streitkräftekooperation zeichnen sie eine nur bedingt funktionierende Militärzusammenarbeit *in der Praxis*. Dabei legen sie am Beispiel der Deutsch-Französischen Brigade und gemeinsamer Ausbildungsstätten die gravierenden Schwächen bloß. Trotz der Be-

1 Siehe dazu auch *Marcel Kotthoff*, Die Entwicklung der deutsch-französischen Sicherheitskooperation seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, Wiesbaden 2011.

kenntnisse zur Gemeinsamkeit dominieren ungebrochen nationale Interessen und Rationalitäten. Ihre „praxisnahe“ Analyse deckt sich mit *Marcel Kotthoffs* Schlussthese, dass beide Länder „von ihrem angestrebten Ziel, bei zwischenstaatlichen Krisen und innerstaatlichen Konflikten wirkungsvoll und militärisch sowie zivil effizient agieren zu können, noch weit entfernt“² sind.

Ursula Mathis-Mosers Exposé über das „französische Chanson, nationales Aushängeschild auf Europakurs?“ rundet den gelungenen Sammelband ab.

Udo Kempf

2 Ebenda, S. 251.

Die Sozialistische Partei und die französische Verfassungsreform: weder überraschend noch originell

Busche, Isabelle: Die französische Verfassungsreform. Eine verhandlungstheoretische Analyse, VDM Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2010, 104 Seiten, € 49,-.

Am 21. Juli 2008 hat der französische Kongress (gemeinsame Sitzung von Nationalversammlung und Senat) mit äußerst knapper Mehrheit (539 Stimmen; nötig waren 538) die bislang umfangreichste Änderung der Verfassung der V. Republik beschlossen. Ihr zentraler Bestandteil ist eine Stärkung des Parlaments, ohne dass dadurch die Gesamtstruktur der präsidentialistisch akzentuierten Verfassungsordnung grundlegend verändert würde.

Isabelle Busche untersucht in ihrer Arbeit (vermutlich eine studentische Abschlussarbeit) nicht den Inhalt dieser Verfassungsreform, sondern ihr Zustandekommen. Sie will herausfinden, „warum die Sozialistische Partei trotz des breiten Konsenses in der Sache“ und obwohl die Vorlage „Jahrzehnte alte Kernforderungen der PS beinhaltete“ (S. 6), ihr nicht zugestimmt hat. Dabei legt sie das von *Robert Putnam* für die Analyse von Verhandlungen in den internationalen Beziehungen entwickelte Konzept zugrunde und überträgt es auf die innerstaatliche Ebene. Den zwischenstaatlichen Verhandlungen entsprechen jene zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Opposition, also im Wesentlichen zwischen der Union pour un Mouvement Populaire (UMP) und der PS; denen der innerstaatlichen Ebene, auf der das Ergebnis akzeptiert und ratifiziert werden muss, entsprechen die Verhandlungen zwischen den PS-Parlamentariern und der Sozialistischen Partei. Die Verfasserin berücksichtigt dagegen bewusst nicht, „warum die UMP (...) den Sozialisten nicht mehr Zugeständnisse machen konnte“ (S. 9). Man muss wohl präzisieren, dass ein weiteres Entgegenkommen etwa hinsichtlich des Wahlmodus der Senatoren in der UMP, vor allem bei ihren Senatoren, nicht durchsetzbar war, selbst wenn Präsident *Nicolas Sarkozy* es gewollt hätte. Die Beschränkung auf die PS ist zwar vertretbar, doch kann ihre Ablehnung der Verfassungsänderung kaum zutreffend beurteilt werden, wenn man die andere Seite, eben die UMP, ganz außer Acht lässt.

Die Verfasserin geht von der zutreffenden Feststellung aus, dass die PS-Fraktionen in Nationalversammlung und Senat in der Frage Zustimmung oder Ablehnung gespalten waren. Es trifft auch zu, dass bei einem derart wichtigen Gegenstand eine Einigung höchst